

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP- BAYERNPARTEI):

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen. Es wird keine Notwendigkeit erkannt, dass sich der Oberbürgermeister über den Deutschen Städtetag dafür einsetzt die Belegausgabepflicht abzuschaffen.
2. Der Antrag Nr. 14-20 / A 06543 der BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion vom 17.01.2020 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.